



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik



**„Nur mit den Regionen und Städten hat Europa eine Zukunft –  
für ein bürgernahes Europa“**

**Montag, 20. März 2006, 18.30 Uhr**

**Dr. Luc Van den Brande**

1. Vizepräsident und design. Präsident des Ausschusses der Regionen der EU  
Ministerpräsident a.D. von Flandern

**Veranstaltungssaal der Investkredit Bank AG**

**Renngasse 10, 1013 Wien**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrter Kollege Schausberger,  
sehr geehrter Herr Stadler,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte mich zunächst bei der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik und dem Institut der Regionen Europas für die Einladung bedanken. Es freut mich sehr, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen. Es freut mich natürlich auch, dass ich wieder in Ihrer wunderschönen Stadt Wien sein darf. Diese Stadt ist voll von Musik, Kunst und Kultur, sie ist immer attraktiv und man kann sie nur gern haben. Die Verbundenheit mit Wien ist groß, und das gilt



nicht nur für Flandern und Mechelen, meine Heimatstadt, wo meine Wurzeln liegen. Wie Sie aus Ihrer Geschichte wissen, lebte Margarethe von Österreich, die Tochter von Maximilian von Österreich und Maria von Burgund, lange Zeit in Mechelen wo Sie Anfang des 16. Jahrhunderts über die Niederlande herrschte. Mechelen war damals die Hauptstadt der Niederlande. Wie Sie sehen gibt es eine große historische und freundschaftliche Verbundenheit zwischen Mechelen und Wien.

Meine Damen und Herren,

Gerne spreche ich heute über die Rolle der Städte und Regionen für die Zukunft Europas und ihre notwendige Anerkennung als Partner des europäischen Integrationsprozesses; und damit auch darüber, wie Europa bürgernah gestaltet werden kann, um größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten.

Warum müssen Städte und Regionen stärker in die politische Gestaltung der EU eingebunden werden? Ja, wie viel Demokratie und Bürgerbeteiligung braucht Europa überhaupt?

Wie viel an regionaler und lokaler Demokratie braucht ein Mitgliedstaat der EU? Reichen nicht 25 nationale und ein europäisches Parlament aus? Brauchen wir überhaupt die regionalen Parlamente und die kommunale Selbstverwaltung?

Und bedeutet regionale und lokale Demokratie nicht gleichzeitig auch zu viel überflüssige Bürokratie, die Effizienz und Wirtschaftswachstum und privates Unternehmertum reglementiert und hemmt? Reicht es denn nicht, vor Ort effiziente untergeordnete nationale Verwaltungsbehörden einzurichten, die europäische und nationale Gesetze umsetzen?

Nein, darüber sind wir uns einig, nationale und europäische Demokratie allein reichen nicht, um ein stabiles von den Bürgern getragenes Europa zu sichern. Europa ist seit jeher ein Kontinent der Städte und Regionen. Die Menschen Europas sind in ihren Regionen und Kommunen verwurzelt. Ihre Kultur und Identität ist eng mit regionalen und lokalen Traditionen verbunden.

In der "freien Luft der Städte" Europas entstanden die großen Werte unseres Kontinents: Demokratie, Freiheit und Solidarität.

Bei der Formulierung und Umsetzung von Politik müssen Demokratie und Effizienz Hand in Hand gehen. Wir brauchen in den Städten und Regionen sowohl eine effiziente Verwaltung, die die nötigen Kapazitäten zur Umsetzung



von Politik besitzt als auch eine starke regionale und lokale Demokratie, die der Verwaltung klare Vorgaben gibt.

Die Zielsetzung des Ausschusses der Regionen ist klar: Wir wollen ein benutzerfreundliches, bürgerfreundliches, erfolgreiches und zukunftsweisendes, modernes Europa. Wir wollen kein herzloses, kaltes, technokratisches und uniformes Europa; wir wollen ein Europa, das auf starkem und soliden Fundament steht und von unten nach oben aufgebaut wird und nicht umgekehrt.

Wir wollen kein Europa von Prozeduren, Methoden und technokratischen Verfahren, sondern ein Europa das selbstbewusst auftritt, Lösungen anbietet, Antworten gibt und neue Herausforderungen in Angriff nimmt um sich selbst und die Menschen die in Europa leben voran zu bringen.

Der Ausschuss der Regionen ist auch davon überzeugt, dass die lokale und regionale Ebene entscheidend zur Stärkung der Wirtschaftskraft und der Wettbewerbsfähigkeit Europas beitragen kann. Die Potentiale, die speziellen Besonderheiten und Prioritäten für die wirtschaftliche Entwicklung können vor Ort besser erkannt und selbstverantwortlich festgelegt werden.

Deshalb muss Europa nicht nur den Staaten, sondern auch den Regionen und Städten größere Freiräume in der Umsetzung von gemeinsamen Zielen belassen. Der Ausschuss der Regionen setzt sich daher vehement für das Subsidiaritätsprinzip ein, das heißt dass die Europäische Union nur dort Regelungen erlässt, wo sie nachweislich besser handeln kann als Staaten, Regionen und Kommunen.

Der Vertrag für eine Europäische Verfassung will das Subsidiaritätsprinzip weiter stärken. Aber wie Sie wissen liegt dieser Verfassungsvertrag jetzt erst einmal auf Eis. Nach den beiden negativen Referenda in Frankreich und den Niederlanden hat der Europäische Rat im Juni letztes Jahr beschlossen, das "Projekt Verfassung" vorläufig zu stoppen und er hat der EU eine Denkpause verordnet, in der sie über das weitere Vorgehen debattieren soll.

Der Verfassungsvertrag, der enorme Verbesserungen für die Funktionsfähigkeit der Union bringen soll, und vor allem Demokratie und Bürgerrechte stärken will, wurde in Frankreich und den Niederlanden als undemokratisch abgelehnt. Ein Paradox.



Denn der Verfassungsvertrag setzt sich für die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Einbeziehung der nationalen Parlamente, die Anerkennung der Rolle der Regionen und Kommunen in Europa und die Einführung direktdemokratischer Elemente wie das Europäische Volksbegehren ein.

Erstaunlich ist ferner, dass ein europäischer Vertrag, der die sozialen Rechte der Bürger stärken will, und der den liberalen Marktfreiheiten in Europa auch eine Sozialpolitik an die Seite stellt, als unsozial und neoliberal bezeichnet wird.

Der Vertrag für eine Europäische Verfassung hat dieses Subsidiaritätsprinzip nochmals deutlich unterstrichen. Der Ausschuss der Regionen, der zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof erhalten sollte, soll künftig stärker überwachen, ob die Union die Kompetenzen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften respektiert. Zum ersten Mal ist vorgesehen, dass die nationalen Parlamente die Vorschläge der Kommission überprüfen können und die Möglichkeit haben eine Stellungnahme abzugeben, wenn sie glauben, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht gewahrt wurde. Ist ein Drittel der nationalen Parlamente derselben Meinung, so muss die Kommission ihren Vorschlag überarbeiten. Im Vertragsentwurf für eine europäische Verfassung spiegelt sich die Überzeugung wider, dass Europa nur gelingen kann, wenn es auf dem festen Fundament der Regionen und Kommunen aufbaut.

Aber Subsidiarität muss auch eine horizontale Dimension haben. Damit meine ich, dass Verantwortlichkeiten nicht nur hierarchisch, sondern auch horizontal zwischen den verschiedenen Akteuren verteilt werden müssen. Für mich heißt das "horizontale Subsidiarität".

Bei der Erarbeitung im Verfassungskonvent waren Vertreter des Ausschusses der Regionen und der regionalen Parlamente vertreten. Allein die Konventsmethode an sich, ist schon ein unglaublicher Erfolg für mehr Demokratie und Mitsprache in Europa. Anstelle der Chefdiplomaten und der Regierungsvertreter waren gewählte Volksvertreter aus den lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Parlamente zusammengekommen, um gemeinsam einen Verfassungsvertrag zu erarbeiten, der, und das ist auch erstmalig in der europäischen Geschichte, von allen Staats- und Regierungschefs einvernehmlich akzeptiert wurde.



So war eigentlich niemand, der sich mit dem Verfassungsvertrag beschäftigt hat auch nicht im geringsten auf das "Nein" zum Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden vorbereitet. Es traf die politischen Akteure und die Brüsseler Verwaltungsexperten wie ein Schock. Er war schlagartig klar, dass der Mehrzahl der Menschen in diesen Staaten der Sinn und das Ziel des europäischen Verfassungsvertrags nicht im geringsten vermittelt werden konnten.

Womit wir bei einem viel breiteren Thema sind: dem Vertrauensverlust der Bürger in Europa. Die Bürgerinnen und Bürger können sich nicht mehr mit der EU und ihren Zielen identifizieren. Woher kommt das?

Meiner Meinung nach spielen hier viele unterschiedliche Faktoren eine Rolle und eine grundlegende Ursache: Angst. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die Angst vor zunehmender Globalisierung, die Angst vor vielleicht zu schnellen Erweiterungen der EU, die Türkei-Debatte (und Balkan-Debatte), die Angst vor Sozialabbau und einer immer komplexer und sich rasch verändernder Welt und die Angst vor inkompetentem politischem Führungspersonal, also nicht zuletzt die allgemeine Politikverdrossenheit.

Dazu beigetragen hat auch die schlechte Angewohnheit vieler, Europa für nationale Versäumnisse verantwortlich zu machen und unangenehme Aufgaben nach Brüssel abzuschieben.

Europa darf auch nicht ständig zum Sündenbock gemacht werden. Die nationalen Regierungen tun so, als wäre etwa die Erweiterung schuld an der hohen Arbeitslosigkeit. Sie tun so, als sei der Stabilitätspakt die Ursache mangelnden Wirtschaftswachstums. Beides ist vollkommen falsch. Wenn Brüssel erhalten muss, um von der eigenen Unfähigkeit bei der Lösung von Problemen abzulenken, dann darf man sich über derartige Ausgänge von Referenden nicht wundern.

Um mit den Worten von Kommissionspräsident BARROSO zu sprechen: "Wenn Europa von Montag bis Samstag kritisiert wird, können wir nicht erwarten, dass die Menschen Europa am Sonntag stützen!"



Meine Damen und Herren,

Der Ausschuss der Regionen als dasjenige Organ, das dem Bürger am nächsten ist wird alles daran setzen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU wieder herzustellen. Aber auch alle regionale und lokale Gebietskörperschaften haben eine Rolle.

Ein erster wichtiger Schritt ist sicherlich die Teilnahme an der Debatte über das weitere Vorgehen in bezug auf den Verfassungsvertrag.

Der Ausschuss der Regionen kann hierbei Kritikpunkte der Bürger aufgreifen, sie auswerten und an die Kommission und den Rat weiterleiten. Umgekehrt kann der Ausschuss der Regionen die europäischen Bürgerinnen und Bürger über die Tätigkeiten der EU informieren und so weitere Aufklärungsarbeit leisten. Zurzeit arbeitet der Ausschuss der Regionen auch eine Stellungnahme zum Plan D der Kommission aus. Ich bin der Auffassung dass wir viel mehr Energie als bisher dafür einsetzen müssen, den Menschen Europa zu erklären. Der Erfolg zur Schaffung von mehr Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Forschung oder Umweltschutz kann nämlich weder durch europäische noch durch nationale Gesetze verordnet werden. Die Verantwortung für den Erfolg muss näher an die Menschen herangeführt und letztlich in ihre Hände gelegt werden. Regionen, Städte und Gemeinden sind dabei als erste beteiligt. Ihre Rolle muss deswegen in diesem Prozess auch eine größere Anerkennung erhalten.

Eine Voraussetzung sehe ich in der Übertragung von wesentlichen Kompetenzen in den eigenen Verantwortungsbereich von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften. Hier muss der Staat mehr Vertrauen in die Bürger setzen.

Eine zunehmende Aufgabenkompetenz muss auch mit einer zunehmenden Ausgabenkompetenz einhergehen. So müssen auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Umsetzung von nationalen oder europäischen Zielsetzungen den Regionen und Kommunen bereitgestellt werden. Nur so können sie zum Beispiel erfolgreich an der Umsetzung der Lissabonstrategie für mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen.

Das Ziel der Lissabon-Strategie, wie sie im Frühjahr 2000 ins Leben gerufen wurde, ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die soziale Kohäsion und die Nachhaltigkeit zu verbessern. Die bisher erreichten Ergebnisse sind eher



enttäuschend. Die Lissabon-Strategie muss besser umgesetzt werden. Problematisch ist die mangelnde Eigenverantwortung für diese Strategie an der Basis.

Um der Eigenverantwortung den Weg zu ebnen, ist die regionale Dimension von entscheidender Bedeutung. Die Regionen haben eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Agenda. Zwei der wichtigsten Empfehlungen des "Kok-Berichts" -mehr Eigenverantwortung der EU-Einrichtungen und Mitgliedstaaten für die Lissabon-Strategie und Umgestaltung des EU-Haushalts, um die Prioritäten von Lissabon deutlicher widerzuspiegeln - stehen in direktem

Zusammenhang mit den 2004 von der Kommission vorgelegten Vorschlägen für die Reform der Regional- und der neuen Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013.

Wenn die EU-Regionen mehr Eigenverantwortung für die Agenda für Wachstum und Beschäftigung übernehmen, so wird das zur Stärkung der EU-Wirtschaft im Ganzen beitragen. Diesbezüglich braucht „Lissabon“ die Regionen ebenso sehr wie die Regionen „Lissabon“ brauchen. Der Ausschuss der Regionen hat vor drei Wochen einen territorialen Dialog unter Beteiligung der Kommission (die Kommissare Hübner und Verheugen waren anwesend) und der österreichischen Präsidentschaft organisiert. Wir haben in der Schlusserklärung dieser Konferenz klar gemacht, dass „Lissabon“ nur funktionieren kann, wenn lokale und regionale Gebietskörperschaften einbezogen werden. Es sollte meiner Meinung nach sogar so weit gehen, dass jede Region, Stadt und Gemeinde seine/ihre Herr/Frau Lissabon einstellt um Wachstum und Beschäftigung zu überwachen. Dies wäre ein gutes Zeichen für das stärkere Engagement dieser Ebenen.

Meine Damen und Herren,

Europa hat Schwierigkeiten, ja. Europa hat aber, gleichzeitig neue Chancen. Europa hat viele Krisen gemeistert. In der augenblicklichen ist jeder von uns in die Verantwortung genommen. Es geht in dieser schwierigen Zeit nämlich um das demokratische Wesen der Europäischen Einigung. Gelingt es uns in Europa, was wir in den Staaten und Regionen praktizieren? Nämlich: die Bürger anzuhören, sie zu verstehen, ihnen komplizierte Sachverhalte zu erläutern und nicht zuletzt, sie von unseren Ideen und Projekten zu überzeugen?

Ich bin sicher, dass Europa den Dialog mit den Bürgern und den konstruktiven politischen Streit um die Auseinandersetzung um die beste Lösung nicht



scheuen darf und nicht scheuen wird. In diesem Sinne ist die Krise, in der wir stecken, Belastungsprobe und Neuanfang zugleich.

Und noch eines möchte ich anmerken, was heute immer wieder übersehen wird: Europapolitik ist heute nicht länger "Außenpolitik", die bei unseren Chefdiplomaten angesiedelt ist. Europapolitik ist Innenpolitik, Europapolitik ist Teil der nationalen Politik und der Politik auf lokaler und regionaler Ebene. Europa ist Teil des Lebens jeden Bürgers in Europa.

Als Beispiele wo wir alle in Mitgliedsländern, Bundesländern, Regionen und Städten, gleichermaßen betroffen sind, nenne ich die Bedrohung durch Kriminalität, Terrorismus, Umwelteinflüsse oder humanitäre Katastrophen. Nur gemeinsam mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern können wir diesen Bedrohungen erfolgreich begegnen. So führen die Anschläge von London und Madrid schmerzhaft vor Augen, dass im Zuge der Globalisierung nicht nur Märkte sondern auch Phänomene wie der Terrorismus internationalisiert werden. Österreich, wie die anderen EU-Mitgliedstaaten, profitiert von den im europäischen Rahmen abgestimmten gemeinsamen Sicherheits-Politiken.

Nach den Anschlägen vom 11. September reagierte die Europäische Union schnell und umfassend. Sie brachte ein Paket mit rund 70 Maßnahmen auf den Weg. Dazu zählen unter anderem neue Luftsicherheitsstandards sowie eine europaweite Terrorismusliste, die das Einfrieren der Geldströme von terroristischen Organisationen sowie polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit erlaubt. Die europäische Polizei Europol bündelt die Informationen aus allen Mitgliedsstaaten und kann so einen Überblick über mögliche Bedrohungsszenarien gewinnen, die verantwortlichen Stellen in den Mitgliedsstaaten mit Informationen versorgen und diese bei Schutz- und Strafverfolgungsmaßnahmen unterstützen. Das alles bietet keinen hundertprozentigen Schutz, aber es wäre fahrlässig, darauf zu verzichten.

Tatsächlich hat sich aber nicht nur der Terrorismus zu einem weltweiten Problem entwickelt. Auch so unterschiedliche Bereiche wie etwa Umweltverschmutzung oder Forschung unterliegen einer zunehmend weltweiten Vernetzung. Insbesondere die Globalisierung der Weltwirtschaft stellt uns vor große Herausforderungen.

Der Vergleich mit den aufstrebenden Schwellenländern Indien und China macht dies deutlich. Die beiden Staaten verzeichneten 2003 eine Bevölkerung von jeweils mehr als einer Milliarde Menschen und konnten ein Wirtschaftswachstum von 9,3 bzw. 8,6 Prozent vorweisen. Daher ist es wichtig,



dass wir im Verbund mit allen EU-Mitgliedstaaten die Vorteile eines gemeinsamen Marktes mit immerhin 450 Millionen Verbrauchern nutzen können. "Think global, act local" ist dabei das Motto der Regionen und Städte Europas, denn ohne die aktive Mitarbeit unserer Bürgerinnen und Bürger vor Ort werden wir diese zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht bewältigen können.

Meine Damen und Herren,

Der britische Schriftsteller und Direktor für Außenpolitik im Londoner Zentrum für European Reform, Mark Leonard, hat in seinem Buch *"Perpetual Power; Why Europe will run the 21st Century"* (2005) geschrieben, dass für Europa eine neues Zeitalter anbrechen wird. Er ist positiv in seiner Analyse... und ich bin es auch. Für Leonard ist Europa bereits sehr stark in der Welt aktiv und beweist damit die Attraktivität des Europäischen Modells. Die Europäische Union umfasst 450 Millionen Bürger und Bürgerinnen. Durch ständige Erweiterung und neue Nachbarschaftspolitik ist ungefähr ein Drittel der Weltbevölkerung mit Europa und seinen Werten von Frieden, Wohlfahrt und Demokratie eng verbunden. Unser Europäisches Modell hat eine Außenwirkung, die über diese Euro-Sphäre hinaus geht. Viele Staaten in der Welt nehmen das Europäische Modell als Beispiel und gründen eigene Netzwerke für Zusammenarbeit, wie ASEAN und Mercosur und die Afrikanische Union so wie die Arabische Liga. Auch China nimmt sich das Europäische Modell zum Vorbild um eine Ost-Asiatische Gemeinschaft zu entwickeln.

Meine Damen und Herren,

Nach dem völligen Zusammenbruch Europas am Ende des Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren hat der Europäische Einigungsprozess begonnen. Gleichzeitig haben die Nationalstaaten angefangen stärker zusammenzuarbeiten, ihre interne Struktur effizienter zu gestalten, und nach gemeinsamen Lösungsansätzen zur dauerhaften Friedensicherung zu suchen. Eine "multilevel governance" ist zu Stande gekommen, in der Städte, Gemeinden und Regionen, sowie die Nationalstaaten und Europa einen Platz einnehmen.



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Europäische Projekt von Frieden, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft ist nach wie vor aktuell und durchaus noch attraktiv. Es ist unsere Aufgabe, dieses Projekt weiter zu stärken. Aber wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir so viele Ebenen wie möglich darin einbeziehen und anerkennen: die Bürgerinnen und Bürger in unseren Regionen, Städten und Gemeinden; in den Mitgliedstaaten und in Europa.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.